

Erinnerungskultur im Wahlkampf: Wer schützt die NS-Opfer?

Die Debatte über die Erinnerungskultur in Österreich am 7. März 2025 beleuchtet die unterschiedliche politische Haltung zu NS-Verbrechen.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 7. März 2025 entbrannte eine bedeutende Debatte über die Verantwortung des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus. Der freiheitliche Nationalratsabgeordnete Markus Tschank betonte die Notwendigkeit einer lebendigen Erinnerungskultur sowie die Wiedergutmachung an die Opfer und deren Nachkommen. „Es ist nicht nur eine lebendige Erinnerungskultur vonnöten, sondern auch eine Wiedergutmachung an die Opfer und deren Hinterbliebene und Nachkommen“, erklärte Tschank und wies auf die zentrale Rolle des Nationalfonds hin, die auch dem Nationalratspräsidenten Dr. Walter Rosenkranz am Herzen liege, wie **APA-OTS** berichtete.

Im Kontext der bevorstehenden Bundestagswahl wurde die geschichtspolitische Positionierung der Parteien ebenfalls kritisch beleuchtet. Ein Gastbeitrag von Jens-Christian Wagner stellt fest, dass die Auseinandersetzung mit nationalsozialistischen Verbrechen und anderen Formen von Unrecht, wie der SED-Diktatur und kolonialen Vergehen, grundlegend für die Demokratie ist. Die Analyse der Wahlprogramme zeigt wesentliche Unterschiede bei Termini und Inhalten. Parteien wie CDU/CSU und AfD setzen auf eine nationalkonservative Sicht, während Tschank betont, dass Antisemitismus nicht von der FPÖ ausgehe, sondern vor allem durch unkontrollierte Migration gefördert werde, so **Volksverpetzer**.

Erinnerungskultur im Fokus

Die kritische Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur ist nicht nur ein Zeichen der ethischen Würdigung der Opfer, sondern auch ein Maßstab für den Respekt gegenüber den Lehren der Geschichte, die das Fundament der Demokratie bilden. Tschank warnte davor, die Erinnerung und die Gedenkkultur parteipolitisch zu instrumentalisieren, da dies zu einer Spaltung der Gesellschaft führen könnte und die demokratischen Werte untergrabe. Der Aufruf zur Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinschaft unterstreicht die Wichtigkeit eines gemeinsamen Erinnerns in der politischen Landschaft Österreichs.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.volksverpetzer.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at